

Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Von Klaus J. Bade.

Festvortrag zum Festakt ‚Zehn Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration‘,
4.10.2011, Rathaus Stuttgart.¹

Erfolge zu feiern ist schöner als Misserfolge zu beklagen. Insofern habe ich hier, wie meine Vorrednerinnen, eine schöne Aufgabe. Und Stuttgart kann stolz sein auf das, was hier erreicht worden ist, auch aber nicht etwa nur mit dem ‚Stuttgarter Bündnis für Integration‘. Was ich aus diesem Anlass zu sagen habe, gliedere ich in 7 Punkte:

1. MultiKulti – oder: Geschichtsklitterung in der Einwanderungsgesellschaft

‚Stuttgart‘ ist eine multikulturelle Metropole in einem multikulturellen Staat in der Mitte Europas. Die auf bundes- und landespolitisch höchster Ebene gelegentlich und insbesondere auf dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte im Oktober vergangenen Jahres geäußerte Einschätzung ‚MultiKulti‘ sei ‚gescheitert, total gescheitert‘ oder sogar ‚tot‘, ist doppelt falsch; denn man muss hier gesellschaftspolitische Konzepte und gesellschaftliche Entwicklung unterscheiden:

Als Regierungskonzept hat es Multikulturalismus in Deutschland – im Gegensatz zu den Niederlanden – nie gegeben. Es gab hierzulande nur die frühen, naiven Vorstellungen einiger Grünen von Integration als immerwährendem Straßenfest mit fröhlichen Rutschbahnen in ein buntes Paradies.

Aber von dieser realitätsblinden MultiKulti-Romantik haben sich die frühen Grünen viel rascher gelöst als die Unionsparteien mit ihrem noch Jahrzehnte beibehaltenen Mantra der defensiven Erkenntnisverweigerung ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘.

Das gleiche galt lange für kontraproduktiv, d.h. desintegrativ wirkende Konzepte auf Landesebene wie z.B. die gezielt segregativen ‚Nationalklassen‘ an bayerischen Schulen. Es galt auf der Bundesebene für die Rede von ‚sozialer Integration‘ nur ‚auf Zeit‘, von der ‚Aufrechterhaltung der Rückkehrbereitschaft‘ und für die ausdrückliche Warnung vor einer ‚Assimilation‘, die diese Heimatorientierung schwächen könnte.

Die Ablehnung von Assimilation war also in Deutschland keineswegs eine neue populistische Entdeckung des türkischen Ministerpräsidenten

¹ Abdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Autors.

Erdogan. Sie spielte in der Frühphase des griesgrämigen Einwanderungslandes wider Willen selbst eine Rolle.

Es ist deshalb parteipolitische Geschichtsklitterung, immer wieder zu behaupten, MultiKulti hätte Deutschland daran gehindert, rechtzeitig Integrationspolitik zu treiben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Zu Recht haben deshalb führende deutsche Politiker aus verschiedenen Parteien selbstkritisch dem Diktum des vormaligen Bundespräsidenten Horst Köhler aus dem Jahr 2006 zugestimmt, man habe die Integration politisch schlicht „verschlafen“.

Den vielgezeihen Multikulturalismus hat es als Regierungskonzept in Deutschland also nie gegeben. Und die multikulturelle Realität unserer Gesellschaft zu bestreiten, das wäre heute noch realitätsferner als das alte Dementi Deutschland sei ‚kein Einwanderungsland‘.

Deutschland ist heute de facto ein multikulturelles Land, ob man das will oder nicht. Wer das ändern wollte, hätte sich historisch früher engagieren müssen.

2. Standortfragen und kommunale Integrationspolitik

In Stuttgart ist das anders: Es gibt weithin eine klare Akzeptanz der multikulturellen Einwanderungsgesellschaft von unten, also aus der urbanen Bürgergesellschaft. Und es gibt sie von oben, also auf den Leitungsebenen von Politik und Verwaltung und von dort wieder herunter bis in die Bürgergesellschaft hinein – Ausnahmen bestätigen die Regel.

Das zeigen uns auch die im Herbst 2009 gesammelten Daten unserer Umfrage zum ‚Integrationsbarometer‘ 2010. Unsere Interview-These, zu der die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund Stellung nehmen sollten, lautete „ Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderer leben in Nachbarschaften ungestört miteinander“.

Diese positive, also integrationsoptimistische Einschätzung bewerteten in der Region Stuttgart 66,4 Prozent der Befragten mit ‚ja‘ oder doch ‚eher ja‘. Zu dieser schon großen Mehrheit der Integrationsoptimisten kamen noch verhalten positive 12,8 Prozent mit der eher pragmatisch abwägenden Antwort ‚teils, teils‘. Die Integrationspessimisten, die die Frage mit ‚nein‘ oder doch ‚eher nein‘ beantworteten, stellten nur 20,8 Prozent, will sagen: Dreiviertel der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in der Region Stuttgart bewertete die multikulturelle Atmosphäre der Stadt zumindest verhalten positiv.

Dieses Miteinander in der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft und dieses Zusammenwirken von unten und von oben ist nicht in allen Städten so gut gelungen.

Auf einer Podiumsdiskussion im Münchner Neuen Rathaus, die ich mit einem Impulsreferat eröffnen durfte, hat mir der Münchner OB Christian Ude letzte Woche (am 29.9.) entgegen gehalten: Die metropolitanen Erfolgsfälle in Sachen Integration: Frankfurt, München und Stuttgart gründeten ihren Erfolg besonders auf wirtschaftliche Standortvorteile, vor allem also auf einen Arbeitsmarkt, der die wichtigste Integrationschiene, die Integration über Arbeit sichert.

Das ist sicher richtig und welche Probleme ein wirtschaftlich geschwächter Standort in Sachen Integration zu kämpfen hat, demonstriert das Beispiel meiner urbanen Wahlheimat Berlin. Und doch zeigt sich auch im Städtevergleich, welche unterhörte Bedeutung es hat, ob eine Kommune von Beginn an oder schon sehr früh Integration pro-aktiv als kommunales Aufgabenfeld angenommen hat. Das war und ist in Stuttgart in besonderem Maße der Fall.

Ich schaue mich jetzt etwas auf der nationalen bzw. europäischen Ebene um und komme am Ende auf die kommunale Ebene zurück.

3. Die Einwanderungsgesellschaft – oder vom Wandel als Normalzustand

Die Bürgergesellschaften in Europa haben sich zumeist in Einwanderungsgesellschaften verwandelt. Die Einwanderungsgesellschaft ist kein Zustand, sondern ein vielgestaltiger, komplexer und sich stets weiter ausdifferenzierender Kultur- und Sozialprozess. Er besteht aus dem regional, lokal und sozial unterschiedlich ausgeprägten Zusammenwachsen von Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung, das beide Seiten tiefgreifend verändert.

Ergebnis ist ein beschleunigter Wandel von Strukturen und Lebensformen, insbesondere in Großstädten mit starker Zuwandererbevolkerung. Diesen Wandel als Normalität zu begreifen und als täglich neue Herausforderung anzunehmen, ist die zentrale Aufgabe in der Einwanderungsgesellschaft.

Sie wird von Menschen, die davon in ihren altvertrauten Lebensbereichen besonders betroffen sind, nicht selten registriert als Überforderung, Zumutung und soziales Ärgernis. Das führt mitunter zu als Selbstschutz

verstandenen, aber aggressiv wirkenden Abwehrhaltungen – selbst gegenüber seit langem ‚einheimischen Fremden‘.

‚Alienation‘ nennen die Amerikaner diesen Entfremdungsprozeß, der seinerseits meist eine Übergangserscheinung in diesem Wandel ist.

Dieser Wandel selbst wird aber mitunter erschwert durch eine Politik, die gesellschaftlichen Realitäten verkennt, weil sie die pragmatische Realitätsakzeptanz der Bürgergesellschaft unterschätzt.

4. Die Unterschätzung der Bürger

In Sachen Integration und Migration gibt es in Deutschland ein doppeltes Missverhältnis zwischen Empirie und Projektion:

erstens zwischen Alltagserfahrung in der Einwanderungsgesellschaft und publizistischen sowie politischen Diskursen über Integration und Migration;

zweitens zwischen dem Erkenntnisstand der Bürgergesellschaft in Sachen Integration und Migration und dessen Fehleinschätzung durch politische Akteure.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat im Mai 2010 ein ‚Integrationsbarometer‘ und im April 2011 ein ‚Migrationsbarometer‘ vorgelegt. Beim Integrationsbarometer ging es um die Einschätzung von Integration und Integrationspolitik, beim Migrationsbarometer um diejenige von Migration und Migrationspolitik. Befragt wurden jeweils beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland, also die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Das Integrationsbarometer 2010 beruhte auf einer großen Umfrage vom Herbst 2009. Es sprach von pragmatisch-gelassenen bis verhalten positiven Haltungen zu Integration und Integrationspolitik auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft.

Sie zeigten ein hohes Grundvertrauen der Zuwanderer gegenüber den Deutschen, höher als das Vertrauen der Deutschen zu sich selber. Diese Einstellungen unterschieden sich grundlegend von den Schreckbildern der Desintegrationspublizistik und von dem politischen Gerede über eine in Deutschland angeblich flächendeckend ‚gescheiterte Integration‘.

Die national und international Aufsehen erregenden Botschaften lauteten: Deutschland ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft und: Integration in Deutschland ist besser als ihr Ruf im Land.

Die sog. Sarrazin-Debatte im Sommer und Herbst 2010 führte zu deutlichen Stimmungsveränderungen in der Einwanderungsgesellschaft und im In- und Ausland bereichsweise zu einer erneuten Verdüsterung des gerade erst aufgehellten Bildes von Integration in Deutschland.

Der SVR hat diese Stimmungsveränderungen Ende 2010, also nach dem Höhepunkt der sog. Sarrazin-Debatte, in einer zweiten Repräsentativbefragung erfasst.

Ergebnis: In der Einwandererbevölkerung ist der im Herbst 2009 noch gemessene hohe Anteil der Integrationsoptimisten um mehr als die Hälfte gesunken: von 21,7 auf 9,1 Prozent. Umgekehrt ist der niedrige Anteil der Integrationspessimisten auf fast das Doppelte gestiegen: von 3,5 auf 6 Prozent.

Das war besonders deswegen alarmierend, weil sich hier gerade diejenigen besonders betroffen fühlten, die am wenigsten gemeint waren, nämlich diejenigen, die gut integriert, gut qualifiziert und gut informiert waren. Manche von ihnen verloren dadurch scheinbar noch mehr an mentaler Bodenhaftung in Deutschland als das vordem schon der Fall war. Die schon längere Zeit zunehmende Abwanderung von qualifizierten Deutsch-Türken in die Türkei hat auch diesen Hintergrund und nicht etwa nur wirtschaftliche Gründe.

Diejenigen aber, die schlecht integriert, wenig qualifiziert und kaum über deutsche Diskussionen informiert waren, hatten, wie andere Umfragen zeigen, von der ‚Sarrazin-Debatte‘ wenig mitbekommen. Es gibt hier also eine sich tendenziell selbst erfüllende Prophezeiung der Sarrazin-These, daß Deutschland durch Migration immer ‚dümmer‘ werde, denn:

Gerade bei der von ihm vielgezielenen türkischen (‚muslimischen‘) Einwandererbevölkerung wandern Qualifizierte ab, während transferabhängige Geringqualifizierte bleiben, weil sie in der Türkei nicht mit einem auch nur annähernd vergleichbaren sozialen Sicherheitsnetz rechnen können.

Nicht überraschend war, daß auch im Bereich der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund die ohnehin überschaubare Zahl der

Integrationsoptimisten um mehr als die Hälfte gesunken war: von 10,7 auf 4,3 Prozent.

In der breiten Mitte der Einwanderungsgesellschaft aber war in der Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund eine in unterschiedlichem Grad aus Enttäuschung, aus Ernüchterung oder aus näherer Information geborene nüchtern-pragmatische Differenzierung gewachsen:

Diejenigen, die die Frage nach dem störungsfreien Zusammenleben von Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern in den Nachbarschaften mit einem pragmatisch-differenzierenden ‚teils – teils‘ beantwortete, wuchs in der Zuwandererbevölkerung von 20,3 auf 32,7 Prozent und in der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund von 20,9 auf 34,2 Prozent.

Insgesamt urteilte die Einwanderungsgesellschaft durchaus informierter, rationaler und pragmatischer als von vielen politischen Akteuren offenkundig vermutet.

Zu in einiger Hinsicht verwandten Ergebnissen kam das ebenfalls Ende 2010 erhobene und SVR-Migrationsbarometer, das nach subjektiven Einschätzungen von Migration und Migrationspolitik fragte. Auch hier dominierten, von wenigen Fehleinschätzungen abgesehen, weithin nüchtern-pragmatische Einschätzungen.

Diese Vernunft der Mitte ist scheinbar in weiten Kreisen der Politik schlicht unbekannt geblieben.

5. Politik in der Einwanderungsgesellschaft – oder: der Souverän im Kindergarten

Politik sollte der skandalisierenden Desintegrationspublizistik nicht mit populistischen Konzessionen begegnen. Sie sollte vielmehr endlich anerkennen, dass Integration in Deutschland insgesamt und auch im internationalen Vergleich ein Erfolgsfall ist.

Wer die Integrationserfolge in Deutschland schlecht redet im internationalen Vergleich, dem empfehle ich einen nächtlichen Stadtbummel mit Schlips und Kragen in einem französischen Banlieue-Distrikt oder in ‚Little Pakistan‘ in Bradford und dann zur Erholung mal einen Besuch um die gleiche Zeit in Neukölln oder Kreuzberg. Dort wird man mitnichten gleich beim ersten Besuch erschlagen – höchstens mal beim zweiten oder dritten ...-

Integration in Deutschland als Erfolgsfall zu sehen, ist für manche Politiker verständlicherweise nicht ganz einfach; denn Politik hat, wie gezeigt, jedenfalls auf der Bundes- und Länderebene, die von unten gewachsene Integration jahrzehntelang von oben nicht nur nicht zureichend befördert, sondern zum Teil sogar durch kontraproduktive Konzepte behindert.

Empfänge für alte ‚Gastarbeiter‘ im Bundeskanzleramt unter dem Motto ‚Deutschland sagt danke‘ und symbolträchtige Veranstaltungen wie die Deutsche Islamkonferenz (DIK) I und II, die inzwischen schon vier großen Integrationsgipfel mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) und dem nationalen Aktionsplan zu dessen praktischer Weiterentwicklung (NAP) sind zweifelsohne wichtige und auch über ihre Signalfunktion hinaus nützliche Initiativen.

Sie bilden aber sehr späte prunkvolle Rahmen zu einem Bild, das sich gleichsam selber geschaffen hat; denn es war die mit der Zuwandererbevölkerung zur Einwanderungsgesellschaft zusammenwachsende Bürgergesellschaft selbst, die diese von oben kaum erleichterte oder gar geförderte Integrationsleistung von unten bewerkstelligt hat.

Sie wurde getragen von kommunalen Verwaltungen, Ausländerbeauftragten, die man später Integrationsbeauftragte nannte, von Mittlerorganisationen wie der Caritas, dem Diakonischen Werk, dem DRK und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, von den Ausländerbeiräten, den verschiedensten Migrantorganisationen, anderen ehrenamtlichen Vereinigungen, vor allem aber von den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der alltäglichen Begegnung vor Ort.

Diese gewaltige gesellschaftliche Leistung des Souveräns sollte bei dessen auf Zeit gewählten politischen Repräsentanten mehr Respekt und Anerkennung finden.

Aufgegeben werden sollte deshalb das politische Versteckspiel hinter den sogenannten ‚Ängsten in der Bevölkerung‘, die man ‚ernst nehmen‘ müsse. Politik sollte also davon ablassen, in Sachen Migration und Integration die Bürgergesellschaft in einer Art Kindergarten für Erwachsene betreuen und dort vor ihren eigenen Ängsten beschützen zu wollen.

Dies wäre nichts anderes als der Versuch, den eigenen Mangel an couragierter Gestaltungsbereitschaft mit angeblich lähmenden Ängsten des Souveräns zu legitimieren.

6. Politikerangst und Bürgerwut

Politik muss in Sachen Integration herausfinden aus ihrer Angst vor dem Bürger als Wähler und begreifen, dass hier Eile geboten ist, wenn aus engagierten Bürgern nicht noch mehr ‚Wutbürger‘, Nicht- oder Protestwähler werden sollen.

Nötig dazu sind klare, für die Bürgergesellschaft nachvollziehbare Konzepte mit zielorientierten, in ihrer Zielannäherung messbaren und an der Wahlurne bewertbaren Strategien, getragen von politischer Führungsstärke und Verantwortungsbereitschaft.

Gelingt dieser Kurswechsel nicht, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien.

Die konnten hierzulande bislang noch im vorhandenen Parteienspektrum aufgefangen werden. Vielleicht brauchen diese Strömungen auch in Deutschland nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten.

Das aber wäre in Deutschland nur eine scheinbare europäische ‚Normalisierung‘; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von der Geschichte anderer europäischer Einwanderungsländer unterscheidet.

Eine richtungweisende Mahnung könnte die norwegische Reaktion auf das Verbrechen des christlich-fundamentalistischen Terroristen Breivig sein: in der multikulturellen Gesellschaft auf minderheitenfeindliche, anti-liberale, antidemokratische und anti-europäische Strömungen zu reagieren

mit einer umso kraftvolleren Offensive für Gemeinschaft in der Vielfalt, für liberale und demokratische Offenheit im eigenen Land und in Europa.

7. Modellfall Stuttgart

Es scheint mir gerade diese Offensive für Gemeinschaft in der Vielfalt, für liberale und demokratische Offenheit zu sein, die diese Stadt und ihren Umgang mit der kommunalen Einwanderungsgesellschaft kennzeichnet, für die sinnhaft das ‚Stuttgarter Bündnis für Integration‘ steht.

Entscheidend dafür war auch der früh eingeschlagene Weg von der Sozialtherapie zur Gesellschaftspolitik, der bundesweit Beachtung finden sollte, denn: Politik muss verstehen lernen, dass eine auf der Zeitachse ‚reifer‘

werdende Einwanderungsgesellschaft mit schon über mehrere Generationen laufenden Integrations- und Assimilationsprozessen neue Gestaltungsaufgaben mit sich bringt:

Es geht immer weniger sozialtherapeutisch um die ‚Integration von Migranten‘ durch Maßnahmen. Es geht immer mehr gesellschaftspolitisch um die soziale Anerkennung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang am Ende ein Selbstzitat aus meinem Vorwort zur Jubiläumsbroschüre 10 Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration, denn doppelt hält bekanntlich besser, auch im Gedächtnis:

„Stuttgart gehört zu den Städten“, heißt es dort, „denen es besonders gut gelungen ist, eine breite Allianz für Integration aufzubauen. [...]. Stuttgart hat aber auch als eine der ersten deutschen Städte Integrationspolitik nicht nur als Sozialtherapie gegenüber Migranten als Benachteiligten verstanden. Der Oberbürgermeister und seine Integrationsabteilung haben vielmehr frühzeitig die Potenziale der Migranten für Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtentwicklung erkannt, systematisch und gezielt gefördert. [...]. Migranten identifizieren sich mit ihrer Stadt, weil sie am „Community Building“ aktiv beteiligt sind.“ Zitat Ende.

Ablesbar ist diese Identifikationsbereitschaft der Einwanderer auch an der Tatsache, daß die Zahl der Einbürgerungen 2010 im Vergleich zum Vorjahr um rund 10 Prozent zugenommen hat, was nun nicht nur Stuttgart, sondern auch Deutschland insgesamt zu Gute kommt. Und ich muß zugeben: Hier würde ich mich auch selber einbürgern lassen wollen.

All das hat in der Tat viel mit dem Oberbürgermeister und mit dem Integrationsbeauftragten dieser Stadt zu tun, der glücklicherweise zugleich Leiter des städtischen Bildungsbüros ist – glücklicherweise, weil Bildung bzw. Ausbildung neben Arbeit eine der wichtigsten Integrations-schienen ist.

Ich kann in Sachen Integration dem Oberbürgermeister nur zu diesem Integrationsbeauftragten, dem Integrationsbeauftragten aber auch zu diesem Oberbürgermeister und der Stadt selbst zu beiden gratulieren.

Vielen Dank.